

Thema	DIE LINKE	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP
<b>Rente</b>	<p>Rente ab 67 abschaffen</p> <p>flexiblen Rentenbeginn vor dem 65 Lebensjahr ermöglichen</p> <p>Altersteilzeit unbefristet fördern</p> <p>Altersarmut verhindern (mindestens 800 Euro Rente/Monat)</p> <p>Rentenversicherung zu Erwerbstätigenversicherung ausbauen (alle zahlen ein, auch Selbstständige, BeamtInnen, PolitikerInnen)</p> <p>Ostrenten auf Westniveau anheben</p>	<p>Rente ab 67 beibehalten</p> <p>Rente nach Mindesteinkommen einführen</p> <p>Rentenversicherung langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln</p> <p>Altersteilzeit fördern (bis 2015)</p> <p>flexiblen Rentenbeginn ermöglichen</p> <p>einheitliches Rentensystem in Ost und West schaffen</p> <p><i>! bedeutet nicht in jedem Fall Anhebung der Ostrenten auf Westniveau</i></p>	<p>Rente ab 67 beibehalten</p> <p>Aufstockung geringer Renten von vollzeitbeschäftigten langjährigen Versicherten aus Steuermitteln</p> <p>Erwerbstätigenversicherung nicht einführen</p> <p>einheitliches Rentensystem für Ost und West schaffen</p> <p><i>! bedeutet nicht in jedem Fall Anhebung der Ostrenten auf Westniveau</i></p>	<p>Rente ab 67 überprüfen</p> <p>Aufstockung geringer Renten für langjährig Versicherte („Garantierente“);</p> <p>Bürgerversicherung einführen (Beitragserhebung auf alle Einkünfte)</p>	<p>private Vorsorge ausbauen</p> <p>gesetzliche Rente nur zur Grundversorgung erhalten</p> <p>einheitliches Rentensystem für Ost und West schaffen</p> <p><i>! bedeutet nicht in jedem Fall Anhebung der Ostrenten auf Westniveau</i></p>
<b>Gesundheit</b>	<p>Zwei-Klassen-Medizin abschaffen</p> <p>Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einführen, in die alle einzahlen (Beitragsbemessungsgrenze aufheben), auch in der Pflege</p> <p>Zuzahlungen und Praxisgebühr abschaffen</p> <p>elektronischen Gesundheitskarte stoppen</p>	<p>Bürgerversicherung einführen, auch in der Pflege (ohne Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze)</p> <p><i>! ungerecht, weil hohe Einkommen nicht voll auf Beiträge angerechnet werden</i></p> <p>Beitrag wieder paritätisch durch Arbeitnehmer und Arbeitgebern finanzieren</p> <p>Zuzahlungen nicht ausweiten</p> <p>elektronische Gesundheitskarte beibehalten</p>	<p>Eigenverantwortung stärken</p> <p><i>! Patienten sollen mehr aus eigener Tasche bezahlen</i></p> <p>Zuzahlungen und Praxisgebühr beibehalten</p> <p>elektronische Gesundheitskarte beibehalten</p>	<p>Bürgerversicherung einführen, auch in der Pflege (ohne Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze)</p> <p><i>! ungerecht, weil hohe Einkommen nicht voll auf Beiträge angerechnet werden</i></p> <p>Zuzahlungen und Praxisgebühr abschaffen</p> <p>elektronische Gesundheitskarte beibehalten</p>	<p>gesetzliche Krankenversicherung nur für Grundversorgung zuständig</p> <p><i>! Arme müssen gleich viel zahlen wie Reiche</i></p> <p>langfristig gesetzlichen Krankenversicherung abschaffen</p> <p>Zuzahlungen beibehalten</p> <p>Praxisgebühr abschaffen</p>

Thema	DIE LINKE	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP
<b>Gute Arbeit</b>	<p>Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien abhängig machen</p> <p>Höchststarbeitszeit auf 40 Wochenstunden begrenzen</p> <p>gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer, für Beschäftigte in Ost und West durchsetzen</p> <p>volle Sozialversicherungspflicht für jede Arbeitsstunde einführen</p> <p>Zumutbarkeitsregeln (Einkommen, Qualifikation) bei Arbeitslosigkeit wiedereinführen</p> <p>Leiharbeitsbeschäftigte vom ersten Tag an wie die Stammbesellschaft bezahlen und Flexibilität extra vergüten</p> <p>Kündigungsschutz ausweiten</p> <p>Arbeitnehmerdatenschutz gesetzlich verankern</p> <p>Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verlängern</p>	<p>Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge fest-schreiben</p> <p>Leiharbeitsbeschäftigte nach Einarbeitungsfrist wie Stammbesellschaft bezahlen</p> <p>Arbeitszeit bei Mini-Jobs begrenzen</p> <p>gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer durchsetzen</p> <p>Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung ausbauen</p> <p>Arbeitnehmerdatenschutz gesetzlich verankern</p>		<p>Leiharbeitsbeschäftigte vom ersten Tag an wie die Stammbesellschaft bezahlen</p> <p>flexible Arbeitszeitmodelle fördern</p> <p>Rechte für Erwerbslose erweitern (Berufswahl, Qualifizierung)</p> <p>gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer verwirklichen</p> <p>Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft schaffen (Zielvorgaben für Einstellung, Qualifizierung und Beurteilung; mindestens 50 Prozent Frauen in Aufsichtsräten)</p> <p>Arbeitnehmerdatenschutz gesetzlich verankern</p>	<p>„vergabefremde“ Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge abschaffen</p> <p><i>! soziale und ökologische Kriterien sollen keine Rolle spielen</i></p> <p>befristete Beschäftigung ausweiten</p> <p>Kündigungsschutz in kleinen Unternehmen einschränken</p>
<b>Mindestlohn</b>	<p>gesetzlichen Mindestlohn einführen und im Lauf der Legislaturperiode auf 10 Euro erhöhen</p> <p>höhere tarifliche Branchenmindestlöhne für all-</p>	<p>Branchenmindestlöhne und gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro einführen</p>	<p>„Mindesteinkommen“ statt Mindestlohn</p> <p><i>! Aufstockung schlechter Löhne aus Steuermitteln - Staat belohnt Lohndumping</i></p>	<p>allgemeinen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro einführen</p> <p>höhere Mindestlöhne in einzelnen Branchen zulassen</p>	<p>„Bürgergeld“ statt Mindestlohn</p> <p><i>! Aufstockung schlechter Löhne aus Steuermitteln - Staat belohnt Lohndumping</i></p>

Bei kursiv gesetzten Passagen handelt es sich um Erläuterungen.

Thema	DIE LINKE	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP
	gemeinverbindlich erklären				
<b>Hartz IV/ Grundsicherung</b>	<p>Hartz IV durch eine bedarfsdeckende sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen</p> <p>bis dahin:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hartz IV-Regelsätze in der kommenden Legislaturperiode auf 500 Euro erhöhen und dann kontinuierlich an Anstieg der Lebenshaltungskosten anpassen</li> <li>• Bedarfsgemeinschaft, U-25 Regelung, Hausbesuche und Sanktionen/Kürzungen abschaffen</li> <li>• angemessene Wohnkosten in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen ersetzen</li> <li>• höhere Regelsätze für Kinder und Jugendliche einführen</li> </ul> <p>Ein-Euro-Jobs in gut bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umwandeln</p>	<p><i>! keine Reformabsichten zu Leistungshöhe, Sanktionen und Bedarfsgemeinschaften</i></p>	<p><i>! keine Reformabsichten zu Leistungshöhe, Sanktionen und Bedarfsgemeinschaften</i></p>	<p>Hartz IV sofort auf 420 Euro anheben</p> <p>keine Sanktionierung/ Kürzung des Grundbedarfs</p> <p><i>! Bezug soll weiterhin von Gegenleistungen abhängig sein</i></p> <p>Anrechnung des Partner Einkommens abschaffen</p>	<p>Sozialleistungen (Alg II samt Wohnkosten, Grundsicherung im Alter, Sozialhilfe, Kinderzuschlag und Wohngeld) durch pauschales, steuerfinanziertes „Bürgergeld“ ablösen (für Alleinstehende ohne Kinder 662 Euro pro Monat)</p> <p>Sanktionen/Kürzungen bei Ablehnung zumutbarer Arbeit</p>

Thema	DIE LINKE	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP
<b>Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt</b>	<p>Gleichstellung von Frauen und Männern gesetzlich verankern (gleichwertige Arbeit gleich entlohnen, „Frauenberufe“ besser bezahlen; Frauenbeschäftigung in allen Qualifikationsstufen fördern)</p> <p>Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern (Kündigungsschutz ausbauen, Arbeitszeiten flexibilisieren, Überstunden abbauen)</p> <p>eigenständige Alterssicherung für Frauen schaffen</p>	<p>gleiche Löhne für Frauen und Männer verwirklichen</p> <p>mehr Frauen in Führungs- und Aufsichtsfunktionen bringen</p> <p>Anspruch auf Teilzeitarbeit verbessern</p>	<p>Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen</p>	<p>Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft schaffen (Zielvorgaben für Einstellung, Qualifizierung und Beurteilung; mindestens 50 Prozent Frauen in Aufsichtsräten)</p> <p>gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer verwirklichen</p> <p>eigenständige Rentenansprüche für Frauen schaffen</p> <p>flexible Arbeitszeitmodelle, Lebensarbeitszeitkonten</p>	
<b>Ostdeutschland</b>	<p>Lebensverhältnisse in Ost und West angleichen (gleiche Arbeit gleich entlohnen, gleiche Renten zahlen, bundeseinheitlichen Mindestlohn einführen)</p> <p>Investitionszulage auf dem bis 2009 gültigen Niveau weiterführen</p> <p>Solidarpakt-Mittel bis 2019 sichern</p> <p>Ausstattung Ostdeutschlands bei der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung auf den Westen übertragen und qualitativ ausbauen</p>	<p>bestehende Programme fortführen (Solidarpakt II, Forschungsförderung)</p> <p>gleiche Arbeit gleich entlohnen</p> <p>bundeseinheitlichen Mindestlohn einführen</p> <p>einheitliches Rentensystem schaffen</p> <p><i>! bedeutet nicht in jedem Fall Anhebung der Ostrenten auf Westniveau</i></p>	<p>bestehende Programme fortführen (Solidarpakt II, Forschungsförderung)</p> <p>Modell Bürgerarbeit aus Sachsen-Anhalt ausweiten</p> <p><i>! verpflichtende Arbeitsangebote, sehr niedrige Entgelte, Risiko der Verdrängung regulärer Arbeit</i></p> <p>einheitliches Rentensystem schaffen</p> <p><i>! bedeutet nicht in jedem Fall Anhebung der Ostrenten auf Westniveau</i></p>	<p>Osten zum Bildungsstandort machen</p> <p>erneuerbare Energien stärken</p> <p>mittelfristig aus Braunkohleförderung aussteigen</p> <p>Höherwertung ostdeutscher Rentenpunkte beibehalten und Entgeltpunkte bei Geringverdienern gegen Altersarmut höher bewerten</p>	<p>einheitliches Rentensystem schaffen</p> <p><i>! bedeutet nicht in jedem Fall Anhebung der Ostrenten auf Westniveau</i></p> <p>„Alteigentum“ im Staatsbesitz an Alteigentümer zurückführen</p>

Thema	DIE LINKE	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP
<b>Steuern</b>	<p>Einkommenssteuer: untere und mittleren Einkommen entlasten (höherer Grundfreibetrag von 9.300 Euro; linearer Tarifverlauf statt „kalter Progression“), Spitzensteuersatz auf 53% erhöhen (auf alle Einkommensanteile über 70.000 Euro)</p> <p>Vermögenssteuer: als Steuer auf alle Privatvermögen über eine Million Euro einführen</p> <p>Börsenumsatzsteuer: einführen</p>	<p>Einkommenssteuer: Eingangsteuersatzes von 14 auf 10% senken, Spitzensteuersatz auf 47 % anheben</p> <p>Börsenumsatzsteuer: einführen</p>	<p>Einkommenssteuer: Eingangsteuersatz auf 14 bzw. 12 % senken, Mittelstandsbauch abflachen</p> <p>Erbschaftssteuer: Betriebsvermögen geringer besteuern</p> <p>Mehrwertsteuer: ermäßigten Mehrwertsteuersatz anheben</p>	<p>Einkommenssteuer: Grundfreibetrag auf 8500 € anheben; Spitzensteuersatz auf 45 % erhöhen</p> <p>Vermögensabgabe zeitlich befristen erheben</p> <p>Erbschaftsteuer: große Erbschaften stärker belasten</p>	<p>Einkommenssteuer: Grundfreibetrag für Kinder und Erwachsene auf 8004 € festlegen, Stufentarif einführen (Steuersätze: 10% bis 20 000 €), 25 % von 20 000 – 50000 € und 35 % ab 50 000€</p> <p><i>! Stufentarif entlastet hohe Einkommen</i></p> <p>Unternehmensbesteuerung: Zwei-Stufentarif (für Gewinnbesteuerung)einführen</p> <p><i>! besonders ertragsstarke Personenunternehmen zahlen weniger Steuern</i></p> <p>Aktienverkäufe steuerlich begünstigen</p> <p><i>! keine Steuern auf spekulativen Aktienhandel</i></p> <p>Erbschaftssteuer: abschaffen</p>

Thema	DIE LINKE	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP
<b>Wirtschaft und Arbeitsplätze</b>	<p>2 Mio. Arbeitsplätze schaffen, Infrastruktur modernisieren und Wirtschaft sozialökologisch umbauen durch öffentliche Investitionen in Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und Energiewende</p> <p>Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft einrichten und mit 100 Milliarden Euro ausstatten</p> <p>500.000 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektor einrichten</p> <p>private Banken vergesellschaften</p> <p>Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren</p> <p>Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beenden</p>	<p>zukunftssträchtige Leitmärkte wie Klima- und Umwelttechnik, Gesundheitstechnologien oder Kreativwirtschaft ausbauen (bis 2020 4 Mio. Arbeitsplätze schaffen)</p> <p>keine Bankgeschäfte außerhalb der Bilanz zulassen</p> <p>bessere Eigenkapitalausstattung der Banken festschreiben</p> <p>Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge sicherstellen</p> <p><i>! aber: die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wird nicht ausgeschlossen</i></p>	<p>Verkehrs-, Automobil- und Mobilitätsforschung mit Investitionen unterstützen</p> <p>am deutschen Drei-Säulen-Bankmodell festhalten</p> <p>für die Daseinsvorsorge stärker als bisher Möglichkeiten der privaten Finanzierung nutzen</p>	<p>1 Mio. Arbeitsplätze schaffen durch ökologische Modernisierung der Wirtschaft, Investitionen in Bildung und Gesundheit, öffentlich geförderte Beschäftigung</p> <p>vorübergehende (Teil-) Verstaatlichung von Banken</p> <p>Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen garantieren</p>	<p>Staat muss bei Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten aussteigen, sobald die wirtschaftliche Lage besser wird</p> <p>Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) umfassend durch das Parlament kontrollieren</p> <p>deutsche Bankenaufsicht konzentrieren, stärken und professionalisieren</p> <p>Staat soll sich auf hoheitlichen Aufgaben beschränken und aus der Wirtschaft zurückziehen</p> <p>Gegen die Rekommunalisierung der Versorgungswirtschaft und die steuerliche Bevorzugung der öffentlich-rechtlichen Unternehmen</p>
<b>Frieden/Bundeswehr</b>	<p>Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen</p> <p>deutsche Außenpolitik strikt auf zivile Konfliktlösung und Kooperation statt Konfrontation ausrichten</p> <p>NATO auflösen und ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands</p> <p>Bundeswehr nicht im Inneren einsetzen</p>	<p>weltweiten Einsatz der Bundeswehr (mit UN- und Bundestagsmandat) zur Friedenssicherung ermöglichen</p> <p><i>! kein Abzug aus Afghanistan</i></p> <p>NATO erhalten</p> <p>Bundeswehr nicht im Inneren einsetzen</p>	<p>weltweiten Einsatz der Bundeswehr (mit UN- und Bundestagsmandat) zur Verteidigung deutscher Interessen ermöglichen</p> <p><i>! kein Abzug aus Afghanistan</i></p> <p>NATO erhalten</p> <p>Bundeswehreinsatz im Inneren ermöglichen</p>	<p>weltweite Einsatz der Bundeswehr (mit UN- und Bundestagsmandat) ermöglichen</p> <p><i>! kein Abzug aus Afghanistan</i></p> <p>NATO erhalten</p> <p>Bundeswehr nicht im Inneren einsetzen</p>	<p>weltweiten Einsatz der Bundeswehr (mit UN- und Bundestagsmandat) zur „Politikunterstützung“ ermöglichen</p> <p><i>! kein Abzug aus Afghanistan</i></p> <p>NATO erhalten</p> <p>Bundeswehr über die bestehenden Möglichkeiten hinaus nicht einsetzen</p>

Bei kursiv gesetzten Passagen handelt es sich um Erläuterungen.

Thema	DIE LINKE	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP
<b>Bürgerrechte</b>	Daten- und Verbraucherschutz verbessern Vorratsdatenspeicherung beenden auf Online-Durchsuchungen und Zensurmaßnahmen im Internet verzichten	Verbraucherschutz verbessern Kinderschutz auch im Internet verwirklichen Kulturfltrate prüfen	Datenschutz mit Kriminalitätsbekämpfung in Einklang bringen Internetkriminalität (international) verfolgen kriminelle Seiten im Internet sperren und Quellen schließen Urheberrecht im Internet stärken	Datenschutz ins Grundgesetz aufnehmen und Datenschutzbeauftragten stärken Sperrlisten für Internetseiten nicht zulassen beim Kampf gegen Internetpiraterie nicht in Bürgerrechte eingreifen Kulturfltrate einführen	Datenschutzkontrolle stärken und Datenschutz ins Grundgesetz aufnehmen Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchung abschaffen Urheberrechte im Internet wahren Zensurmaßnahmen im Internet nicht zulassen
<b>Demokratie</b>	Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene zulassen Wahlalter auf 16 Jahre senken aktives und passives Wahlrecht für alle einführen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben soziale Grundrechte (Recht auf Arbeit, Wohnung, Erholung, Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit) im Grundgesetz verankern Petitionsrecht stärken	Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene zulassen kommunales Wahlrecht für alle einführen, die mindestens sechs Jahre in Deutschland leben doppelte Staatsbürgerschaft zulassen	kommunalen Wahlrechts für "Ausländer" nicht einführen doppelte Staatsbürgerschaft nicht zulassen	Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene zulassen kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen zulassen doppelte Staatsbürgerschaft zulassen Petitionsrecht stärken	Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerbefragungen auf Landes- und Bundesebene zulassen kommunales Wahlrecht für alle Migranten ermöglichen, die sich mindestens 5 Jahre rechtmäßig in Deutschland aufhalten (doppelte Staatsbürgerschaft wird gewürdigt)

Thema	DIE LINKE	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP
<b>Wirtschafts-demokratie</b>	<p>öffentliche Hilfen für Unternehmen nur gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte der öffentlichen Hand und Belegschaften gewähren</p> <p>kollektives Belegschaftseigentum schaffen</p> <p>Bankensektor unter öffentliche Kontrolle stellen</p> <p>Strom- und Gasnetze vergesellschaften</p> <p>Energieversorgung wie die anderen Bereiche der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand organisieren</p> <p>paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten in allen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigte einführen</p> <p>mitbestimmungspflichtigen Geschäfte durch einen gesetzlichen Mindestkatalog ausweiten</p> <p>Mitbestimmung des Betriebsrates bei wirtschaftlichen Entscheidungen gesetzlich verankern</p> <p>Antistreikparagraph (§ 146 SGB III) abschaffen</p> <p>Recht auf politischen Streik durchsetzen</p>	<p>mitbestimmungspflichtigen Geschäfte durch einen gesetzlichen Mindestkatalog ausweiten</p> <p>Mitbestimmung von Betriebsräten in Fragen der Aus- und Weiterbildung, Frauenförderung und Leiharbeit stärken</p> <p>Mitarbeiterkapitalbeteiligung ausbauen</p>		<p>Arbeitnehmer stärker an Entscheidungen über große Unternehmensumstrukturierungen beteiligen</p> <p>Mitbestimmung von Betriebsräten über den Einsatz von Leiharbeitnehmern erweitern</p> <p>paritätische Mitbestimmung für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten einführen</p> <p>Beschäftigte stärker am Betriebsvermögen beteiligen</p>	<p>paritätische Mitbestimmung durch Drittelparität ersetzen</p> <p>Kosten der betrieblichen Mitbestimmung begrenzen</p> <p>gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduzieren</p> <p>Betriebsrat erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten ermöglichen</p> <p><i>! alle Maßnahmen zielen auf den Abbau der Mitbestimmung</i></p>



Thema	DIE LINKE	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP
<b>Bildung</b>	<p>Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern organisieren</p> <p>öffentliche Bildungsausgaben sofort auf mindestens 7 Prozent des BIP erhöhen</p> <p>Gemeinschafts- und Ganztagschulen ausbauen</p> <p>kostenlose Kitaplätze für alle schaffen</p> <p>Ausbildungsplatzumlage einführen (Betriebe, die selbst nicht ausbilden, zahlen eine Abgabe zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen)</p> <p>Praktika mit mindestens 300 Euro im Monat vergüten</p> <p>Studienplätze für alle schaffen</p> <p>BAföG zu einer bedarfsdeckenden, elternunabhängigen Grundsicherung ausbauen</p> <p>Studiengebühren abschaffen</p>	<p>bis 2015 mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung ausgeben</p> <p><i>! davon entfällt ein großer Teil auf private Bildungsausgaben, die sich nur Wohlhabende leisten können</i></p> <p>Bildungszuschlag auf sehr hohe Einkommen erheben</p> <p>langfristig das gegliederte Schulwesen überwinden</p> <p>Angebot an Ganztagschulen</p> <p>flächendeckend ausbauen</p> <p>Recht auf Ganztags-Kitabetreuung einführen (langfristig gebührenfrei)</p> <p>BAföG regelmäßig an Lebenshaltungskosten anpassen</p> <p>Erststudium gebührenfrei anbieten</p>	<p>Bildung in der Verantwortung der Länder belassen</p> <p>bis 2015 10 Prozent des BIP in Bildung und Forschung investieren</p> <p><i>! davon entfällt ein großer Teil auf private Bildungsausgaben, die sich nur Wohlhabende leisten können</i></p> <p>verbindliche Sprachtests mit vier Jahren einführen</p> <p>gegliedertes Schulsystem beibehalten</p> <p>konfessionellen Religionsunterricht zum Pflichtfach machen</p> <p>Ganztagsschulangebote bedarfsgerecht ausbauen</p>	<p>Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildungspolitik aufheben</p> <p>Solizuschlag teilweise in Bildungssoli umwandeln</p> <p>Erbschaftssteuer teilweise für Bildung verwenden</p> <p>Rechtsanspruch auf ganztägige Kitabetreuung ab eins einführen</p> <p>gemeinsames Lernen mindestens bis zur 9. Klasse einführen</p> <p>Ganztagschulen flächendeckend anbieten</p> <p>Ausbildungsplatzumlage für Branchen einführen</p> <p>Praktika mit 300 Euro im Monat vergüten</p> <p>BAföG als Vollzuschuss gewähren</p> <p>Studiengebühren abschaffen</p>	<p>bis 2010 mindestens 3 Prozent des BIP für Forschung und 7 für Bildung ausgeben</p> <p><i>! davon entfällt ein großer Teil auf private Bildungsausgaben, die sich nur Wohlhabende leisten können</i></p> <p>Bildungs- und Betreuungsgutschein für jedes Kind ab eins einführen</p> <p>verbindliche Sprachtests mit vier einführen</p> <p>Lebensunterhalt während des Studium elternunabhängig durch Darlehen finanzieren</p> <p>Privatisierung staatlicher Hochschulen ermöglichen</p>